

Verantwortung in der Welt übernehmen – mit einer starken Bundeswehr in einer starken NATO

Wir leben in einer Zeit vielfältiger außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen. Die internationale Lage ist so schwierig wie nie zuvor seit Ende des Kalten Krieges: Ganze Regionen sind von Kriegen und Konflikten zerrüttet; Millionen Menschen fliehen von dort.

In Syrien, nur wenige Flugstunden von uns entfernt, wütet ein schrecklicher Bürgerkrieg, der in den vergangenen fünf Jahren bereits Hunderttausende Menschenleben gefordert und der Zivilbevölkerung unvorstellbares Leid gebracht hat. In Teilen Syriens hat der IS ein Terrorregime errichtet, das die Werte der internationalen Staatengemeinschaft mit Füßen tritt und an Menschenverachtung nicht zu überbieten ist. Auch in Teilen des Irak und in Libyen kämpft der IS um Macht und Einfluss. Begünstigt wird er dabei vom Zerfall der Staatsgewalt und der öffentlichen Ordnung – in den jeweiligen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen spüren wir bis nach Deutschland und Europa. Viele Syrer sind vor Krieg und Zerstörung in Nachbarländer wie Jordanien und die Türkei oder zu uns geflohen. Um den Weg zu einer Friedenslösung zu ebnen, hat sich Deutschland der internationalen Allianz gegen den IS angeschlossen. Gleichzeitig wollen wir aufkommende Krisen eindämmen und zur Wiederherstellung von Staatlichkeit etwa in Libyen beitragen.

In Europa selbst sind ein Vierteljahrhundert nach dem Fall des Eisernen Vorhangs neue Spannungen im Verhältnis zu Russland aufgetreten. Russland hat vor zweieinhalb Jahren unter Missachtung des Völkerrechts die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim annektiert – ein Verhalten, das wir nicht einfach hinnehmen können. Seitdem schürt Moskau auch den Konflikt im Osten der Ukraine. Seine Verpflichtungen aus dem unter maßgeblicher Beteiligung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgehandelten Abkommen von Minsk, das Schritte zur Befriedung der Ukraine vorsieht, hat Russland bislang nicht umgesetzt.

Zudem begegnen wir in der internationalen Sicherheitspolitik neuen Phänomenen wie etwa der hybriden Kriegsführung. In vielen Konfliktfällen verschwimmen inzwischen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, wenn kriegerische Handlungen auf der einen Seite mit Cyberattacken oder Terroranschlägen auf der anderen verknüpft werden.

Um diesen teils sehr komplexen Problemen und Konflikten zu begegnen, bedarf es kluger Antworten. Wir begrüßen daher das neue Weißbuch, das Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen in Zusammenarbeit mit den Koalitionsfraktionen erarbeitet hat und das die richtigen Antworten auf die Herausforderungen von heute gibt.

Dabei steht die Erkenntnis im Mittelpunkt, dass wir Sicherheit nur gemeinsam mit unseren internationalen Partnern erreichen können. Der Wert stabiler Bündnisse rückt wieder stärker ins Bewusstsein: Deutschland kann sich glücklich schätzen, fest in der Europäischen Union und der NATO verankert zu sein.

Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist - wie auch der Bundeskanzlerin - besonders wichtig, dass die NATO-Partner sich aufeinander verlassen können. Das betrifft im Moment vor allem die NATO-Länder an der Ostgrenze des Bündnisses, die auf russische Drohgebärden zu Recht empfindlich reagieren und von der NATO Rückhalt fordern. Wir wollen innerhalb des Bündnisses keine Zweifel am Solidaritätsgedanken aufkommen lassen und müssen uns deshalb gegenüber Russland eindeutig verhalten. Wer etwa der NATO in diesem Zusammenhang „Säbelrasseln“ vorwirft, verwechselt Ursache und Wirkung.

Unser Ziel bleibt eine Weltordnung, in der die Völker und Menschen in Frieden und Freiheit leben können. Um dies zu erreichen, setzen wir auf eine interessen- und wertegebundene Außenpolitik, die auf dem christlichen Menschenbild beruht: Jeder Mensch mit seiner Würde und Freiheit zählt. Wir wollen eine Stärkung der europäischen Sicherheit und haben eine klare Position zur jüngsten Politik Russlands. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Deutschland künftig mehr internationale Verantwortung übernimmt. Wir wollen die Bundeswehr und die NATO stärken. Und wir bekämpfen vereint die Terrororganisation IS.

I. Den europäischen Pfeiler der NATO stärken – Bundeswehr angemessen ausstatten und wertschätzen

Gerade nach dem Brexit-Referendum gilt es, den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken. Denn die NATO bietet den Rahmen, um weiterhin eng mit Großbritannien auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik zusammenzuarbeiten. Auch die Kooperation mit unseren französischen Freunden ist uns besonders wichtig. Beiden Ländern kommt nicht zuletzt deshalb eine herausgehobene Stellung zu, weil sie Vetomächte im UN-Sicherheitsrat sind.

Aber auch die Zusammenarbeit mit den Niederlanden hat sich bewährt. Die Bundeswehr und die niederländischen Streitkräfte sind dabei, mehrere militärische Einheiten miteinander zu verzahnen und zu verschmelzen. Zum

Schutz der osteuropäischen NATO-Partner beteiligt sich die Bundeswehr an der Stationierung von NATO-Truppenkontingenten in Polen und dem Baltikum.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht für eine starke Rolle unseres Landes in der NATO. Daher setzen wir uns für eine umfassende Stärkung der Bundeswehr ein.

1. Als wirtschaftlich starkes Land wollen wir mehr Verantwortung für die Sicherheit in Europa und den Nachbarregionen übernehmen. Daher setzen wir uns für eine signifikante Erhöhung des Verteidigungshaushaltes ein. Das ist uns unsere Sicherheit wert.
2. Die Bundeswehr muss sowohl Bündnisverteidigung beherrschen als auch zur Bewältigung internationaler Krisen bis hin zur Stabilisierung einzelner Staaten beitragen können. Die Bundeswehr muss daher das gesamte Spektrum militärischer Fähigkeiten vorhalten und ausbilden. Angesichts dieser Herausforderungen muss die Ausrüstung der Bundeswehr dem Stand der technologischen Entwicklung entsprechen.
3. Wir wollen effektiver gegen die Schleuser an der libyschen Küste vorgehen. Deshalb sollte Deutschland bereit sein, sich auch an der neuen NATO-Operation „Sea Guardian“ im Mittelmeer zu beteiligen.
4. Wir brauchen eine stärkere Kooperation bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern in der Europäischen Union und der NATO. Das spart Kosten und steigert die Effizienz. Wir müssen - unter Bewahrung unserer Schlüsseltechnologien - besser zusammenarbeiten bei der gemeinsamen Ausschreibung von Rüstungsaufträgen wie Aufklärungsdrohnen, Transportflugzeugen, Transporthubschraubern oder Luftbetankung. Die europäische Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern muss die Regel, nicht mehr die Ausnahme sein.
5. Die Bundeswehr muss Cyberangriffe abwehren und potenzielle Angreifer abschrecken können. Die Aufstellung eines Cyber-Kommandos mit dem Ziel des Aufbaus einer eigenen Cyber-Teilstreitkraft der Bundeswehr ist deshalb richtig.
6. Wir müssen die Arbeit unserer Soldatinnen und Soldaten wieder mehr wertschätzen. Der Beruf des Soldaten ist kein Beruf wie jeder andere. Sie stehen mit Leib und Leben ein für Frieden, Freiheit und Sicherheit. Deshalb wollen wir den Dienst in der Bundeswehr so attraktiv wie möglich gestalten. Zudem wollen wir, dass Soldaten in Uniform kostenlos mit der Deutschen Bahn zwischen Heimat- und Dienstort pendeln können. Die

Präsenz von Soldaten in Uniform kann das Sicherheitsgefühl in Zügen stärken.

II. Gegenüber Russland auf Dialog und Abschreckung setzen

Durch die aggressive Außenpolitik Russlands rücken konventionelle Bedrohungen an der Ostgrenze der NATO wieder in unseren Fokus. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sowie der Unterstützung der prorussischen Separatisten im Osten der Ukraine hat Russland die territoriale Integrität der Ukraine und damit die NATO-Russland-Grundakte verletzt. Seinen Verpflichtungen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, mit denen eine friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts erreicht werden soll, kommt Russland bisher nicht nach. Darüber hinaus führt Russland teils unangekündigte Manöver mit bis zu 95.000 Soldaten durch und plant die Aufstellung von drei neuen Divisionen an seiner Westgrenze. Angesichts dieser Situation und mit Blick auf die Geschichte ist es mehr als nachvollziehbar, dass unsere östlichen NATO-Partner auf einer glaubhaften Abschreckung bestehen. Wir als Unionsfraktion stehen für eine klare Haltung, die keine Missverständnisse zulässt: Im Verhältnis zu Russland brauchen wir so viel Abschreckung wie nötig, aber zugleich so viel Dialog wie möglich. Es ist an Russland, verlorenes Vertrauen wieder aufzubauen.

1. Zum Schutz der NATO-Partner an der östlichen Grenze des Bündnisgebietes beteiligt sich die Bundeswehr an der Stationierung von je einem NATO-Bataillon in Polen, Litauen, Lettland und Estland. Beim NATO-Bataillon in Litauen übernimmt sie die Führung. Die Maßnahmen der NATO bleiben im Rahmen der NATO-Russland-Grundakte. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die USA sich an den Rückversicherungsmaßnahmen für unsere östlichen NATO-Partner beteiligen.
2. Um im Ernstfall Nachschub rechtzeitig verlegen zu können, müssen alle europäischen NATO-Mitgliedstaaten in moderne Transportinfrastrukturen investieren. Zudem müssen die bürokratischen Hürden für eine Verlegung militärischer Ausrüstung innerhalb der EU abgebaut werden. Hier erwarten wir eine stärkere koordinierende Rolle der Hohen Beauftragten der EU für Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Für den Dialog mit Russland setzen wir auf Formate wie den NATO-Russland-Rat oder den Petersburger Dialog. Der NATO-Russland-Rat soll wieder regelmäßig tagen.
4. Die NATO bietet Russland nach wie vor an, sich zu der Raketenabwehr des Bündnisses abzustimmen. Wo immer es gemeinsame Interessen gibt, wie etwa bei der Eindämmung der Nuklear-Proliferation, der Bekämpfung des

islamistischen Terrorismus, der Stabilisierung Libyens oder der Beendigung des syrischen Bürgerkrieges, sollten wir Möglichkeiten zur Zusammenarbeit suchen.

III. Islamistischen Terrorismus konsequent bekämpfen

Der islamistische Terrorismus macht auch vor Deutschland nicht Halt, wie die Anschläge von Würzburg und Ansbach gezeigt haben. Nachdem der IS durch die erfolgreiche Arbeit der internationalen Koalition viele Gebiete im Irak und in Syrien verloren hat, tragen Islamisten den Terror vermehrt nach Europa. Wir werden einen langen Atem brauchen, um den IS endgültig zu besiegen.

1. Gegen den IS muss die internationale Allianz, gestützt auf NATO und EU, mit aller Härte vorgehen. Die Bundeswehr leistet dazu wichtige Beiträge, indem sie über Syrien Aufklärungsflüge mit Tornados durchführt, im Nordirak kurdische Peschmerga ausbildet und ihnen Ausrüstung zur Verfügung stellt. Damit regionale Partner wie Jordanien und Tunesien gegen den Terrorismus des IS bestehen können, müssen wir sie in die entsprechende Lage versetzen. Die derzeit für die Ertüchtigung von Partnern vorgesehenen Mittel im Bundeshaushalt in Höhe von 100 Millionen Euro werden wir verstetigen und, wenn nötig, erhöhen.
2. Die Stärkung der Stabilität Afghanistans bleibt in unserem eigenen Interesse. Die Taliban und zuletzt auch Kräfte des IS in Afghanistan stellen eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit des Landes dar. Deutschland engagiert sich daher weiterhin an der Mission zur Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte, damit diese selbst für die Sicherheit im Lande sorgen können. Wir begrüßen die Ankündigung von US-Präsident Obama, den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan zu verlangsamen und zunächst mit 8.400 Soldaten präsent zu bleiben.
3. Artikel 3 des NATO-Vertrages verpflichtet die NATO-Partner zu wechselseitiger Unterstützung. Damit unvereinbar ist die Haltung der türkischen Regierung, Mitgliedern des Deutschen Bundestages den Zugang zu deutschen Soldaten zu verweigern, die auf dem NATO-Stützpunkt Incirlik in der Türkei stationiert sind. Zugang für Abgeordnete im Rahmen ihrer Mandatsausübung und für Journalisten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr ist unverzichtbar. Es ist aber überzogen, mit dem Abzug oder der Verlegung unserer Soldaten zu drohen. Das würde den Erfolg der internationalen Koalition gegen den IS gefährden, gerade in einer Situation, in der die Islamisten in Syrien in die Defensive geraten sind.

Berlin, den 2. September 2016